

JOSEF JOFFE

Ein Indiz für nichts



Josef Joffe ist «Zeit»-Herausgeber

Wenn ein Mensch 32 andere ermordet, überfällt uns das Unfassbare, dann der Drang nach Instant-Erklärungen: die Kultur, der Kapitalismus, die Videospiele... Eine typische Einlassung zum Amoklauf des Südkoreaners Seung Hui Cho in Blacksburg, Virginia, findet sich im Berliner «Tagesspiegel»: «Inflation gewaltmächtiger Leitbilder in den Medien ... Konkurrenz- und Konsumkultur ... Bush als Gegenteil jeglicher Selbstbesinnung ... Mangel an demokratischer, an rechtlicher Kultur (in den USA).»

Man muss den Kommentatoren zugute halten, dass sie die Sinnstiftung unter dem Fallbeil des Redaktionsschlusses betreiben müssen. Trotzdem gilt das eiserne Gesetz: Versuche nie, den Einzelfall anhand genereller Erklärungen zu deuten.

So auch im Falle Cho. Inzwischen wissen wir vom recherchierenden Teil der Medien, dass der Student eine wandelnde Zeitbombe war, eine klassische pathologische Persönlichkeit. Zeugen beschreiben ihn als «wutgeladen, bedrohlich, verstört und deprimiert». Schon 2005 hatte eine Professorin die Verwaltung gewarnt: «Bitte schauen Sie sich diesen jungen Mann genau an.»

Hatte er sich andauernd Gewaltvideos reingezogen? Seine Mitbewohner berichten nur von einem Studentenzimmer voller «Kleidungsstücke und Cornflakes-Schachteln». Überdies gibt es keine ernsthafte Forschung, die Gewaltbereitschaft durch Videospiele erklärt. Es gibt wohl eine Korrelation zwischen Aggressivität und Spielsucht, aber wir wissen nichts von der Kausalität: Ob Video aggressiv macht oder ob dieser Zug seinen Träger an die Spielkonsole treibt.

Eines aber wissen wir: Amokläufer sind Selbstmörder – wie Cho. Warum ein Einzeln zum Selbstmörder wird, kann logischerweise keine Gesellschaftswissenschaft erklären. Welche Rolle spielen die US-Waffengesetze, die in Virginia besonders lax sind?

Sie bieten nur Scheinerklärungen. In Japan herrschen die schärfsten Waffengesetze, doch 2001 tötete ein Mann acht Kinder in einer Grundschule – mit einem Küchenmesser. In Montreal ermordete ein Amokschütze 1989 in einer Schule 14 Frauen – auch in Kanada sind die Waffengesetze besonders streng. Dito in Deutschland, wo ein Ex-Schüler 2002 in Erfurt 16 Menschen und sich selber umbrachte.

Amokläufer sind Amokläufer, und das Unfassbare lässt sich nicht mit Instant-Theorien fassen.



Es braucht Kampfwahlen

REINER EICHENBERGER* über die so genannte Demokratie in Aktiengesellschaften

Ob überrissene Gehälter, missglückte Fusionen oder verschleppte Nachfolgeregelungen: Eigennütziges Verhalten und Fehler von Managern und Verwaltungsräten belasten vor allem die Aktionäre. Deshalb fragt sich, ob der Staat zu ihren Gunsten eingreifen kann und soll. Häufig wird argumentiert, das sei überflüssig, weil Aktionäre ihre Aktien verkaufen und sich so vor schlechter Unternehmenspolitik schützen könnten.

Das ist falsch. Denn an der Börse werden die Aktien schlecht geführter Unternehmen tief bewertet. Bis normale Aktionäre merken, dass eine Firma schlecht geführt ist, sind ihre Aktien schon entwertet, und ein Ausstieg bringt nichts mehr. Der Markt schützt die Aktionäre also nicht.

Kann es der Staat besser? Keinesfalls sollte er direkt in die Unternehmenspolitik dreinreden. Dazu hat er weder die Fachkom-

petenz noch die richtigen Anreize. Seine Aufgabe ist, ein griffiges Aktienrecht zu schaffen, das der Unternehmensführung Anreize gibt, im Sinne ihrer Aktionäre zu handeln. Deshalb will der Bundesrat im Rahmen der laufenden Aktienrechtsreform die Aktionärsdemokratie stärken. Insbesondere schlägt er die jährliche Wiederwahl des Verwaltungsrats durch die Aktionäre vor.

Doch die entscheidende Konsequenz zieht er nicht. Genau genommen, haben weder das heutige Aktienrecht noch die bisherigen Reformvorschläge viel mit moderner Demokratie zu tun. Das zeigt der Vergleich zur Politik, wo die Bürger gegenüber der Regierung dasselbe Kontrollproblem wie die Aktionäre gegenüber der Unternehmensführung haben. In der Politik bedeutet Demokratie vor allem eines: Wettbewerb zwischen Politikern und Parteien um die Stimmen der Bürger. Wirk-

samen Wettbewerb gibt es nur, wenn die Bürger zwischen verschiedenen Parteien und Politikern wählen können. Wirklich demokratisch sind nur Kampfwahlen, nicht aber Bestätigungswahlen.

Die heutige so genannte Aktionärsdemokratie funktioniert völlig anders. Die Wahlen der Verwaltungsräte und des externen Kontrollorgans zur Rechnungsprüfung sind praktisch nie Kampfwahlen, sondern nur Bestätigungswahlen. Die Aktionäre können fast nie zwischen konkreten Alternativen auswählen, sondern nur für oder gegen die Kandidaten stimmen. Die neuen Verwaltungsräte und das Rechnungsprüfungsorgan werden vom Verwaltungsrat vorgeschlagen, oft sogar auf Empfehlung des Topmanagements. Deshalb gibt es keine Wahlkämpfe, keine alternativen Programme und nur selten ernsthafte Kritik. Somit gibt es in der heutigen so genannten Aktionärsdemokratie



«Für einmal muss die Wirtschaft von der Politik lernen»

kaum echten Wettbewerb um die Stimmen der Aktionäre. Folglich haben die normalen Aktionäre kaum Einfluss, aber die Verwaltungsräte grosse Spielräume bei Entscheidungen, die ihr Eigeninteresse sowie jenes der ihnen oft nahe stehenden Topmanager berühren. Wenn solche Verhältnisse in der Politik herrschen würden, würde kaum jemand von Demokratie sprechen.

Was folgt daraus? Für einmal muss nicht die Politik von der Wirtschaft lernen, sondern die Wirtschaft von der Politik. Wie Demokratie funktioniert, wissen wir aus der Politik, und es gilt, die Erfolgskonzepte auf die Aktionärsdemokratie zu übertragen. Entscheidend ist nicht die Länge der Amtsdauer, sondern dass die Aktionäre endlich über konkrete Alternativen abstimmen können. Dafür braucht es Kampfwahlen. Die gibt es nur, wenn es erstens bei den Verwaltungsratswahlen mehr Kandidaten als Sitze gibt und zweitens bei der Wahl des externen Kontrollorgans die Aktionäre wenigstens zwischen zwei Rechnungsprüfungsfirmen wählen können.

* Reiner Eichenberger ist Professor für Finanzwissenschaft an der Uni Freiburg und Forschungsdirektor des Center of Research in Economics, Management and the Arts (Crema)

Leinen los!

JOËL WIDMER über die sture Haltung der Urkantone in der Posse um die Rütlifeier

Eine Schifffahrt, die ist lustig. Nur nicht am 1. August. Denn die Urkantone verbarrikadieren dieses Jahr ihre Häfen am Nationalfeiertag und weigern sich, die Besucher der Rütlifeier von ihren Gestaden her auf die mythische grüne Wiese fahren zu lassen.

Vor allem der Kanton Schwyz zeigt sich stur. Er stellt sich vorbehaltlos hinter Brunnen, das sich als gebeuteltes Dorf aufspielt, das unter den Auswirkungen des Aufmarsches von Rechtsextremen leide. Dabei geht es um einen einzigen Tag im Jahr. Man stelle sich vor, Zürich weigerte sich, am 1. Mai oder bei Fussballspielen für Sicherheit zu sorgen.

Dass nach Schwyz auch Uri und Nidwalden nicht bereit waren, ihre Schiffsstege

zur Verfügung zu stellen, ist zwar nachvollziehbar, aber genauso stur. Uri zeigt sich zumindest zum Vorschlag von Luzern gesprächsbereit.

Es ist peinlich, dass sich gerade Schwyz weigert, die Sicherheit der Rütlibesucher zu gewährleisten, ein Kanton, der bei den Steuern auf den Föderalismus pocht und in hohem Mass davon profitiert. Die polizeiliche Sicherheit ist nun mal Aufgabe der Kantone.

Der Ruf nach der Beteiligung des Bundes ist nicht angebracht. Die Rütlifeier hat nicht die Dimension eines WEF oder einer Euro 08. Kantone, die sonst bei jeder Gelegenheit den Föderalismus hochleben lassen, täten gut daran, ihn auch am 1. August freundeidgenössisch und solidarisch zu leben.

«Polizeiliche Sicherheit ist Aufgabe der Kantone»

Kein Mut zur Schwäche

ARMIN MÜLLER über die Auflösung des Inspektorats im Departement Schmid

Kritik am Chef ist gefährlich und lohnt sich selten. Mitarbeiter, die Missstände aufdecken, verlieren in der Regel die Stelle. Das war so beim Roche-Manager Stanley Adams in den Siebzigerjahren, bei der Zürcher Klärschlammaffäre, beim Zürcher Detektiv-Wachtmeister «Meier 19» oder bei Cailler unter der Regenschaft von Nelly Wenger. Bundesrat Samuel Schmid hat sich immerhin zweieinhalb Jahre Zeit gelassen, bis er die internen Kritiker entfernt hat.

«Die Departementsleitung VBS vermag dem Anspruch eines obersten Führungsgorgans nicht zu genügen», lautete das brutale Fazit im Bericht «Leistungsanalyse Sicherheitspolitik», den das Inspektorat des Verteidigungsdepartementes (VBS) erstellt hatte. Es nahm den Auftrag,

die Führungskultur im VBS zu untersuchen, offenbar zu ernst. Schmid wollte den Bericht vernichten lassen, die SonntagsZeitung machte ihn im Sommer 2004 publik.

Jetzt wurde der Chefinspektor auf einen anderen Posten versetzt, das Inspektorat wird Ende Juni aufgelöst, wie der «Tages-Anzeiger» gestern berichtete.

Schmid erreicht damit, dass solche Kritik im VBS nicht mehr vorkommt. Aber er nimmt auch in Kauf, dass Schwächen und Missstände nicht aufgedeckt und somit nicht beseitigt werden.

Es braucht Mut, Probleme zu benennen, wenn sie die Chefs betreffen. Gefragt ist solcher Mut nicht nur am 1. August und in Hochglanzbroschüren. Im VBS ist wieder allen klar: Der Chef hat immer Recht.

ZITIERT

The New York Times

Thomas Friedman hofft, dass Barack Obama das Ansehen der USA verbessert: «Als wir kürzlich in Kenya waren, besuchte meine Frau eine Primarschule in den Slums von Nairobi. In der Schule hing ein Poster, das US-Präsidentschaftskandidat Barack Obama mit seiner Frau Michelle während ihres Kenya-Besuches im letzten August zeigt (...). Zugegeben, Obamas Vater war Kenyaner, aber das Poster stimmte mich trotzdem nachdenklich: Wann hatte ich zum letzten Mal erlebt, dass ein US-Präsident im Ausland als Vorbild dargestellt wurde? Kein Präsident war je an so vielen Orten der Welt so unbeliebt wie George W. Bush (...). Das beste Argument für eine Präsidentschaft von Barack Obama wird nur selten ausgesprochen: Es ist sein Potenzial, die beschädigten Beziehungen zwischen Amerika und der Welt zu reparieren.»